

**Kreisverband Oberberg  
Kreisgeschäftsstelle**

Kölner Straße 296  
51645 Gummersbach  
TEL (0 22 61) 2 45 40  
FAX (0 22 61) 2 86 95  
Mo 15-19, Mi 15-17, Do 10 -15 Uhr  
[www.gruene-oberberg.de](http://www.gruene-oberberg.de)

Bus: Linie 301 (Niederseßmar/Post)  
Linie 302/310 (Ahlfelder Straße)

Frank Rimmel, Kreisgeschäftsführer  
[gruene.oberberg@t-online.de](mailto:gruene.oberberg@t-online.de)

René Bongartz,  
Sprecher des Kreisvorstandes  
[gruene@rene-bongartz.de](mailto:gruene@rene-bongartz.de)

**G r ü n e**

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Kölner Straße 296 51645 Gummersbach

## **An die Medien in Oberberg**

**24. Januar 2007**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie um freundliche Kenntnisnahme und Veröffentlichung folgender

### **PRESSEMITTEILUNG**

#### **Die Region setzt auf die Achse**

In seltener Übereinstimmung wenden sich das Verkehrsministerium NRW und die CDU-dominierten Kommunen des Oberbergischen Kreises gegen den Erhalt von Bahnstrecken. Dabei unterstützt das Ministerium völlig kritiklos und im Einklang mit den Forderungen der Anliegerkommunen an der Wiehltalbahn die Zerstörung einer intakten und zum Teil bereits genutzten Bahnstrecke. Das dem so ist belegen die Antworten der Landesregierung NRW auf die kleine Anfrage Nr. 1119 der Abgeordneten Andrea Asch und Horst Becker von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen im Landtag.

Aus den Antworten geht hervor, dass die Landesregierung den Ankauf der Bahntrasse in Waldbröl durch den Landesbetrieb mit der Notwendigkeit begründet, dort schnellstmöglich die Kreuzung der B256 mit den L339 und L38 zu verbessern. Die Frage der Kosten, welche für eine völlig überschuldete Kommune übernommen werden sollen, wird nicht beantwortet, dafür behauptet die Landesregierung, das nach Wegfall der Bahnstrecke der ÖPNV (Öffentlicher Personennahverkehr) verbessert würde.

Des weiteren erklärt das Ministerium, dass die Schiene wegmüsse, da in der Gemeinde Brüchermühle ! (eine solche gibt es nicht) und in Wiehl betriebsnotwendige Erweiterungen von Firmen seit Jahren blockiert würden.

Diese Antworten zeigen, dass hier von der Landesregierung Aussagen getätigt werden, die mit der Realität wenig zu tun haben:

1. Waldbröl wird weiter seine Verkehrsprobleme behalten, denn diese sind hausgemacht und beruhen auf der fehlenden Umgehungsstrasse.
2. Die Stadt ist mehr als pleite und wird ihre Schulden dem Landesbetrieb Straßen niemals zurückgeben können.



3. Eine abgebaute Bahnstrecke kann den ÖPNV nicht besser machen - das Gegenteil würde vielmehr der Fall sein.
4. Die Firma BPW (Bergische Achsenfabrik) hat in den letzten Jahren beständig Betriebserweiterungen durchgeführt, in Wiehl wie in Reichshof, jeweils unmittelbar neben der Bahntrasse. Die Firma selbst ist – trotz der angeblich fehlenden Ausdehnungsmöglichkeiten seit langem schon die Nr. 1 unter den Herstellern von LKW- Trailerachsen weltweit. Wie gut die Firma am Markt steht, zeigen etwa Investitionen in China, wo 22 000 m<sup>2</sup> Lager- und Fertigungsfläche entstanden sind.
5. Ähnliches gilt für die Firma Kind & Co in Bielstein. Diese hat die in den letzten Jahren ihre Produktion stetig ausweiten können. Neue Betriebsgebäude mit Spezialpressen sowie Zertifizierungen für die Luft- und Raumfahrtindustrie werden der Firma neue Märkte erschließen (die Oberbergische Presse hat hierüber ausführlich berichtet).

Worum geht es also wirklich bei der Kampagne gegen die Wiehltalbahn?

Der Eindruck drängt sich auf, dass die Bahn, zumal die Privatbahn, als unliebsamer Konkurrent zum LKW gesehen wird. Laut der Umfrage des BME (Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik) wollen 14% der Verlagerer von Gütern in Zukunft auf die Bahn ausweichen. Private Anbieter auf der Schiene werden als Konkurrenz zur DB begrüßt, denn sie bieten günstigere Preise und bessere Qualität, sie sind flexibel und bieten Transporte aus der Region an. Die hohen Energiepreise, steigende Lohnkosten, Mautgebühren und fehlende Kapazitäten bei den Speditionen führten zu diesem Umdenken. In Oberberg werden alle diese Überlegungen vernachlässigt – oder besser: unter den Tisch gekehrt, verdrängt oder sogar unterdrückt. Weiter gravierende Argumente wie Umweltaspekte, Klimaveränderungen, fehlende Mobilitätsangebote für die Menschen der Region, bessere Erreichbarkeit von Ausbildungs- und Studienplätzen in Köln und Umgebung bei gleichzeitigem Verbleib in der Heimatgemeinde werden vernachlässigt. Selbst Aspekte der Stadtentwicklung werden auf Jahre zurückgestellt. Keine Kosten werden gescheut um die Bahn zu zerstören.

Einen Vorteil aus diesem Vorgehen, Verdrängen und Leugnen derjenigen Politiker, die vermeintlich „Wirtschaftsförderung“ auf ihre Fahnen geschrieben, hat allein die offenbar sehr einflussreiche Firma BPW. Die Allgemeinheit, also die Menschen in unserer Region, haben hierfür die Zeche zu zahlen. Möglich wird das Ganze durch eine Landesregierung, die auf die einseitige Lobby-Arbeit hereinfällt und die Interessen der Menschen vor Ort ignoriert.

Im Namen des Kreisvorstandes

Frank Remmel / Kreisgeschäftsführer